

Dossier

Nr. 4 | Juli 2021



Kirchenfenster in der Nationalen Evangelischen Kirche von Beirut (NECB)

Foto: Corinna Waltz

„Arabischer Frühling“ 2021

10 Jahre später: Wie geht es den Kirchen?



Minderheit in stürmischen Zeiten

Zu diesem Dossier

Die Emigration und Flucht, die vor 10 Jahren mit dem Beginn des „Arabischen Frühlings“ zugenommen hat, stellt die Kirchen in der Ursprungsregion des Christentums vor die Frage nach der eigenen Existenz. Doch Kirchen und manche Pastor*innen und Gemeindeglieder wollen dennoch bleiben.

Der mit dem EMW verbundene mittelöstliche Kirchenrat (MECC) hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen zu Wort gemeldet. Dabei weist er auch auf das Versagen der Regierungen hin. In den Protestbewegungen hat sich der MECC der Forderung nach Demokratie und Wahlen angeschlossen. Doch mehrheitlich versuchen die nationalen Kirchen möglichst nicht Partei zu ergreifen, um den ohnehin schon fragilen Status als Minderheit in den autoritären Regimen nicht noch mehr zu gefährden.

Auch an der „Near East School of Theology – NEST“ in Beirut, wo vor allem protestantische Kirchen ihren theologischen Nachwuchs ausbilden lassen und das EMW ein Stipendienprogramm für angehende Pfarrer*innen aus der Mitgliedskirchen des MECC unterstützt, beschäftigt sich das theologische Forschen und Lehren mit der Frage, wie glaubwürdig das Christ*insein in der Region gelebt werden kann. Dass dies keine graue Theorie ist, zeigen einige Beispiele in diesem Dossier.

Überall, wo Staatsverfall zu beobachten ist, geschieht dies auf Kosten der Zivilgesellschaft. Jeder Tag ist für viele Menschen ein Kampf ums Überleben, um Nahrung, Wasser und Strom. Viele Seelsorger*innen kämpfen aber auch um die Herzen der Menschen, die die Hoffnung aufgeben wollen und überlegen, der Heimat für immer den Rücken zu kehren und zu emigrieren, denn nicht überall wird es einen erfolgreichen Neuanfang geben können.

Dr. Almut Nothnagle
Theologische Referentin
Evangelische Mission Weltweit e.V. – EMW
im Juli 2021

Am 17. Dezember 2010 hatten Polizisten in Tunesien einen Gemüsehändler grundlos schikaniert. Der 26-jährige Mohamed Bouazizi wusste nicht mehr, wohin mit seiner Wut und Verzweiflung. Er übergoss sich mit Benzin und zündete sich an. Sein Selbstmord war der Funke, der den gesamten Nahen Osten zum Explodieren brachte.

Von Marokko bis in den Irak gingen Menschen auf die Straße und forderten politische Reformen, mehr Freiheit und bessere Lebensbedingungen. Die Welt staunte, wie sich Volk um Volk erhob. Und bald war der poetische Begriff vom „Arabischen Frühling“ geboren.

In Ägypten hatten die Menschen zwar den verhassten Langzeitpräsidenten Hosni Mubarak aus dem Amt demonstriert und die ebenso verhassten Muslimbrüder nach einem kläglichen Intermezzo an der Macht mit Hilfe des Militärs wegschickiert. Heute aber herrscht General Abdel Fattah Al-Sisi mit eiserner Faust über die 110 Millionen Ägypterinnen und Ägypter.

Noch härter hat es die Menschen in Syrien getroffen. Ihre ersten Demonstrationen wurden im März 2011 sofort mit äußerster Gewalt von der Assad-Regierung niedergeschlagen. Es folgte ein blutiger Krieg, in dem immer mehr Mächte von außen mitmischten. Millionen mussten fliehen und leben seit Jahren in Flüchtlingslagern.

Für alle Kirchen im Nahen Osten gilt, dass sie vom „Arabischen Frühling“ genauso betroffen waren und sind wie alle anderen gesellschaftlichen Kräfte. Gehen die Menschen auf die Straße, sind unter ihnen auch Kirchenmitglieder. Zwingt die Gesamtsituation die Bevölkerung zur Flucht, sind auch Christ*innen unter ihnen. Steigen die Lebensmittelpreise, spüren das auch diejenigen, die in den Kirchen arbeiten oder dorthin zum Gottesdienst kommen.

Vor dem Krieg ging es den syrischen Christ*innen gut. Unter der Assad-Regierung konnten sie Kirchen bauen und Gottesdienst feiern, Schulen gründen und Krankenhäuser betreiben. Ganz legal und durchaus selbstverständlich. In den meisten anderen Ländern mit muslimischen Mehrheiten haben Christ*innen wesentlich weniger Freiheiten. Vor diesem Hin-

tergrund muss die Haltung syrischer Kirchenführer Präsident Assad gegenüber gesehen werden. Aus westlicher Sicht ist es schwer zu akzeptieren, dass Kirchenführer und Christ*innen in Syrien selbst nach zehn Jahren Krieg noch zu ihm halten. Aber welche realistischen Alternativen gibt es? Wer könnte oder sollte Assads Platz einnehmen?

Wohl kaum ein islamistisches Regime, das von Minderheitenrechten nichts wissen will. Es bräuchte dringend gesellschaftliche Kräfte, die den Übergang in ein demokratisches, rechtsstaatliches System gestalten. Doch wer könnte diese Rolle übernehmen? Wohl kaum eine Minderheit. Der Gang in die Opposition ist für Christen mindestens genauso gefährlich wie für Muslime und hat sich oft als tödliche Sackgasse erwiesen.

Sicherlich wäre es wünschenswert, die Kirchenführer in Syrien würden all ihre bischöfliche und patriarchale Macht einsetzen und Assad endlich die Leviten lesen. Als westliche*r Christ*in könnte man endlich mal stolz auf die syrischen Glaubensgeschwister sein, die die Fahne der Menschenrechte und der Demokratie hochhalten. Doch auch hier stehen falsche Erwartungen im Raum. Bischöfe und Patriarchen in Syrien sind zuallererst Kirchenführer und nicht Politiker. Sie sehen ihre wichtigste Aufgabe darin, ihre Kirche und das 2000 Jahre alte christliche Erbe in Syrien zu schützen. Und das ist im 21. Jahrhundert bedrohter denn je. Flucht und Emigration lassen die Mitgliederzahlen stetig sinken.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die Kirchenführer in Syrien und anderswo nicht auch noch eine Front gegenüber dem mächtigen Regime aufmachen wollen.

In Ägypten leben mit schätzungsweise bis zu 15 Millionen so viele Christ*innen wie in keinem anderen nahöstlichen Land. Was in vielen westlichen Analysen gerne unterschlagen wird: Den Kirchen am Nil geht es unter Abdelfattah al-Sisi so gut wie schon lange nicht mehr. Auch wenn der Präsident repressiver herrscht als alle seine Vorgänger, fährt er gegenüber den Kirchen einen Kurs der Gleichberechtigung. So konnten zum Beispiel gut 2000 Kirchengebäude und Gemeindehäuser in den letzten Jahren legalisiert werden. Er lässt sogar manchen Kirchenbau von staatlicher Seite finanzieren. In der neuen Verwaltungshauptstadt, die derzeit 50 Kilometer östlich von Kairo entfernt aus dem Wüstenboden gestampft wird, hat er auf Staatskosten nicht nur die größte Moschee, sondern auch die

größte Kirche auf afrikanischem Boden bauen lassen. Ebenso flossen Steuergelder in den Bau der Gedenkkirche in Samalut in der Provinz Minya, die für die 21 vom Islamischen Staat in Libyen ermordeten koptischen Gastarbeiter unlängst gebaut wurde. Als ihr Tod im Februar 2015 bekannt wurde, rief Al-Sisi eine dreitägige Staatstrauer für sie aus. Das war das erste Mal in der Geschichte Ägyptens, dass für den Tod von Christen Staatstrauer angeordnet wurde.

Seine Verbundenheit zu christlichen Bürger*innen drückt al-Sisi außerdem mit seinen mittlerweile legendären Besuchen der Weihnachtsmesse aus. Seit seinem Amtsantritt schaut er jedes Jahr am 7. Januar, dem koptischen Weihnachtsfest, in der koptischen Markus-Kathedrale in Kairo vorbei, wird von Papst Tawadros II. wie ein Freund empfangen und hält eine kleine Ansprache. Nach Jahrzehnten, wenn nicht nach Jahrhunderten, fühlen sie sich endlich als gleichwertig angesehen – zumindest vom Landesvater.

Kritiker*innen aus westlichen Ländern sehen in der Autokraten-freundlichen Haltung der Christ*innen im Nahen Osten ein jahrhundert-altes Muster. Diese würden sich genauso verhalten, wie es ihre Vorfahren schon unter den Sultanen im Osmanischen Reich getan haben: Man dient sich dem Mächtigen an und verzeiht ihm die eine oder andere Grausamkeit. Dafür hält dieser seine schützende Hand über die Kirchen und sorgt für allgemeine Stabilität im Land. Es sei an dieser Stelle erinnert, dass Minderheiten stabile politische Verhältnisse brauchen, um gedeihen zu können.

Setzt man einmal die Brille der Christ*innen am Nil auf, muss man zugeben, dass stabile Verhältnisse unter einer repressiven Regierung, die offiziell einen Gleichberechtigungskurs fährt, immer noch besser sind, als staatliche Diskriminierung oder gar Bürgerkrieg. Bedrängt und bedroht werden sie ohnehin, nämlich von militanten Gruppen, die dem Gedankengut des Islamischen Staates nahestehen und allen Andersdenkenden eine freie Existenz absprechen.

*Katja Dorothea Buck ist
Religionswissenschaftlerin und Politologin.
Lesen Sie den vollständigen
Text in „EineWelt“ 2/2021
Herausgeber: EMW, Hamburg*

10 Jahre Arabischer Frühling

Die Revolutionen des „Arabischen Frühlings“ begannen friedlich. Einige blieben friedlich, während andere militarisiert wurden. So wie in Syrien, wo eine mit dem Extremismus verbündete Diktatur ein tödliches Spiel spielte und regional-internationale Interessen über den Umgang mit dem syrischen Volk stellte, das Opfer von Morden und Vertreibungen wurde. Dies ist ein entsetzliches Fiasko des Versuchs der internationalen Gemeinschaft, Menschen vor ihren Henkern zu schützen. Im Libanon war die Bevölkerung schon seit 2005 einer organisierten Kriminalität ausgesetzt, die von einer machtgierigen Allianz aus Mafia und Milizen unter der Führung ehrgeiziger regionaler Agenden verübt wird. Geschichte ist eine Dialektik des Wandels und ein interaktiver Prozess; die Zukunft aber ist dann vielversprechend, wenn die lebendigen gesellschaftlichen Kräfte in ihrem Kampf für Menschenwürde und Friedensförderung beharrlich bleiben.

Der Beginn der Revolutionen

Die Revolutionen des „Arabischen Frühlings“ waren keine kurzlebigen, plötzlich auftretenden, verknöcherte Regime erschütternden Ereignisse, die einen Wandel in Mentalitäten und Verhaltensweisen heraufbeschworen. Sie forderten die Wahrung der Menschenrechte und Freiheiten, den demokratischen Wandel und eine verantwortungsvolle, gerechte, transparente und soziale Staatsführung. Dem gegenüber standen ein verheerender terroristischer Extremismus, eine totalitäre und diktatorische Welle und eine bestimmte Minderheiten politisch ausschließende ideologische Expansion. Basierend auf diesen gegenläufigen Strömungen wurden die Bestrebungen arabischer Revolutionär*innen systematisch behindert, um die Positionen der Entscheidungsträger zu zementieren. Trotz dieser strukturellen Mängel zeigt es sich zehn Jahre später, dass die Dynamik des Wandels des „Arabischen Frühlings“ in den arabischen Gesellschaften verstanden wurde und weiter existiert. Zwar müssen die Aktivist*innen nach Rückschlüssen ihre Taktik ändern, aber sie werden dem friedlichen Kampf gegen die traditionellen autoritären Plattformen auf allen politischen, religiösen, kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen, Bildungs-, Militär-, Verfassungs- und Rechtsebenen treu bleiben.

Bedeutung der Zivilgesellschaft

In arabischen politischen Regimen ist eine Verquickung diktatorischer Ideologie und theokratischer Säulen zu beobachten. Sie hindern die Zivilgesellschaften, sich kreativ an der Entwicklung nationaler Werte zu beteiligen, und sie berauben sie ihrer politisch-konstitutionellen Ausdrucksformen. Tatsächlich störten die Machthabenden die aktiven Kräfte innerhalb der Zivilgesellschaft – Gewerkschaften, Wissenschaft, Medien, Kunst, Kultur, Wirtschaft und Religion – und verlangten, dass sie den Regimen dienen.

Daher liegt die Bedeutung des „Arabischen Frühlings“ darin, dass die Zivilgesellschaften Einflussmöglichkeiten entwickelt haben, obwohl die aktiven Kräfte Unterdrückung, Einschüchterung, Entführung, Folter, Manipulation und sogar Ermordung ausgesetzt waren. Diese Formen der Aggression durch die Machthaber waren nicht ausschließlich physisch. Vielmehr strebten sie deren Dämonisierung an und stellten sie als Verräter*innen und Extremist*innen dar.

Gesellschaftlicher Konsens zum Sozialvertrag

Die politischen Herrschaftssysteme in der arabischen Welt, so sehen es diejenigen, die die Revolutionen erlebt haben, beruhen auf der Bewahrung eines Klassen-, Klientelismus-, Ausbeutungs-, und Monopol-Systems. Infolgedessen blühte die Diskriminierung zwischen den städtischen und ländlichen Gebieten, Frauen und Männern, dem öffentlichen und privaten Sektor und der Zivilgesellschaft, was zu Privilegien einzelner Personen und Gruppen führte.

Die im Gesellschaftsvertrag der Staaten verankerten Werte wurden neu bewertet – auch ein Verdienst des „Arabischen Frühlings“ – und ein demokratischer Wandel eingeleitet. Dies hat sich auch in virtuellen Social-Media-Räumen weiterentwickelt, vor allem in den letzten zwei Jahren, aufgrund der Anforderungen der COVID-19 Pandemie und neuer digitalen Möglichkeiten.

Abschaffung der Mehrheit-versus-Minderheit-Haltung

Die Revolutionen des „Arabischen Frühlings“ haben aufgedeckt, wo und wie die Machthabenden gesellschaftliche Mehrheiten und Minderheiten, sei es religiös, ethnisch oder klassenbe-

zogen, gegeneinander ausgespielt wurden. Diese Haltung, die sich in den Bevölkerungen durchgesetzt hatte, wurde zumindest auf der konzeptionellen Ebene gekippt.

Der gewalttätige Extremismus von „ISIS“, der aus einer das islamische Kalifat verzerrenden Ideologie resultiert, oder der bewaffnete Flügel, der mit „Wilayat al-Faqih“ im Iran verbunden ist, nähren zweifellos die Ängste vor denjenigen, die deren Ideologien anhängen. Trotzdem zeigt sich dadurch auch, dass die sich selbst überschätzende Mehrheit ihre unterdrückende Wirksamkeit in einer pluralistischen Gesellschaft letztendlich verlieren wird. Aber ebenso ist die Illusion der Minderheiten, also derjenigen, die religiöser oder ethnischer weniger zahlreichen Gruppen angehören, zerstört, wenn sie geglaubt haben, dass sich alle, die sich von der Mehrheit abgelehnt fühlen, zusammenschließen, um dann, unter dem Vorwand der Selbstverteidigung, die „anderen“ wiederum auszuschließen.

Die Abschaffung des Mehrheits- und Minderheitenansatzes ist ein grundlegender Durch-

bruch in den pathologischen Denkweisen, die die soziologische Struktur, das Wertesystem und die staatlichen Optionen beherrschten. Dies haben die Revolutionen des „Arabischen Frühlings“ erreicht, und die praktische Umsetzung der Philosophie der Gleichheit aller Menschen, des Rechts auf ein menschenwürdiges Leben, auf Glaubensfreiheit und Gewissensfreiheit wird nicht rasch erfolgen, aber sich in späteren Stadien als der wichtigste Paradigmenwechsel der letzten zwei Jahrzehnte manifestieren.

In den Ländern, in denen es in Folge des Arabischen Frühlings zu Gewalt und Krieg gekommen ist, haben sich die Machthabenden mit Extremisten zusammengetan. Dort zeigten sich auch die Interessen der internationalen Gemeinschaft und deren Unfähigkeit, die Opfer vor ihren Peinigern zu schützen. Aber es kann nur dann, wenn die Bewegung weiterhin zu den Menschenrechten steht und friedlich bleibt, die Revolutionen zum Erfolg geführt werden.

Ziad Es Sayegh ist Aktivist und politischer Berater, u.a. für den Mittelöstlichen Kirchenrat MECC

Arabischer Frühling 2010–2011

17. Dezember 2010, Tunesien:	Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi
18. Dezember 2020, Tunesien:	Beginn der Proteste
14. Januar 2011, Tunesien:	Präsident Zine al Abidine Ben Ali tritt zurück, Verfassungsreform und Neuwahlen folgen
28. Januar 2011, Saudi-Arabien	Beginn der Proteste, die gewalttätig niedergeschlagen werden
Januar/Februar, Marokko	Beginn der Proteste; Verfassungsreform und Neuwahlen folgen
3. Februar 2011, Jemen:	Beginn der Proteste
11. Februar 2011, Ägypten:	Präsident Hosni Mubarak tritt nach anhaltenden Protesten zurück
14. Februar 2011, Bahrain:	Beginn der Proteste
15. Februar 2011, Libyen:	Beginn der Proteste
25. Februar 2011, Irak:	Beginn der Proteste
25. Februar 2011, Jordanien:	Beginn der Proteste
15. März 2011, Syrien:	Proteste gegen Präsident Baschar al-Assad entwickeln sich zu einem seither andauernden Krieg; 400.000 Menschen wurden getötet, hunderttausende sind auf der Flucht
15. März 2011, Bahrain:	Truppen aus Saudi-Arabien schlagen Proteste nieder
19. März 2011, Libyen:	NATO-Truppen unterstützen Rebellen gegen das Militär
3. Juni 2011, Jemen:	Präsident Ali Abdullah Saleh wird verletzt, er flieht nach Saudi-Arabien
3. August 2011, Ägypten:	Präsident Hosni Mubarak wird vor Gericht gestellt
20. August 2011, Libyen:	Rebellen erreichen die Hauptstadt
23. September 2011, Jemen:	Präsident Ali Abdullah Saleh kehrt zurück
8. Oktober 2011, Jemen:	Präsident Ali Abdullah Saleh kündigt Rücktritt an
20. Oktober 2011, Libyen:	Muammar al-Gaddafi und sein Sohn werden verhaftet und getötet
23. Oktober 2011, Tunesien:	Wahlen werden durchgeführt
19. November 2011, Ägypten:	Massive Proteste in Kairo, die trotz Neuwahlen bis heute anhalten
23. November 2011, Jemen:	Präsident Saleh tritt zurück; Neuwahlen folgen; seit 2013 Bürgerkrieg
23. Oktober 2011, Tunesien:	Wahlen finden statt; Tunesien gilt seit 2015 als „freies Land“
19. November 2011, Ägypten:	Massive Proteste in Kairo

Flucht oder Martyrium?

Wer heute im Nahen Osten Pastor*in oder Priester werden will, muss sehr überzeugt sein von der Berufung. Es gibt weder ein gutes Gehalt noch gesellschaftliche Anerkennung. Und es kann sehr gefährlich sein.

Mit den Umbrüchen im Nahen Osten ist der Beruf des Seelsorgers oder der Seelsorgerin sehr viel schwieriger geworden. Angesehen war er noch nie wirklich, denn im Nahen Osten gilt ein Theologie-Studium nicht viel. Als Pfarrer*in verdient man außerdem nicht gut. Wer dann noch Familie hat, muss sich ständig fragen, wie lange er es noch verantworten kann, seine Kinder im Bombenhagel und in permanenter Unsicherheit aufwachsen zu sehen.

Einige Pfarrer*innen sind bereits ins Exil gegangen, oft mit einem sehr schlechten Gewissen ihren Gemeinden gegenüber. An der protestantischen Hochschule in Beirut sinken auch deshalb die Studierendenzahlen. Interessanterweise bewerben sich aber am maronitischen Priesterseminar nach wie vor viele Studenten. Ihre Kirche geht auf den Mönch Maron zurück, der im fünften Jahrhundert gelebt hat. Seit 1445 ist sie mit der römisch-katholischen Kirche uniert.

Warteliste für das Priesterseminar

Etwa eine Million Maronit*innen leben noch im Libanon, ein knappes Drittel der Gesamtbevölkerung des Landes. Als größte christliche Gemeinschaft stellen sie laut Verfassung den Präsidenten des Landes. Aber auch sonst sind Maroniten stark in der Politik vertreten und haben sich von jeher in die Frage der Zukunft des Landes eingemischt.

Monsignore Issam ist Rektor des Priesterseminars in Ghazir. Noch nie habe es so viele Anwärter gegeben wie heute, darunter seien viele Banker, Anwälte oder Ärzte, berichtet er. Eine einfache Erklärung, warum das Priesteramt so attraktiv sei, habe er nicht – und gibt dann eine Antwort, die, gerade weil sie so allgemein gehalten ist, nachdenklich macht. „Ich glaube, dass es anziehend ist, wenn Menschen den christlichen Glauben authentisch leben“, sagt er.

Martyrium ist keine theologische Frage

Ohne große Umschweife spricht Issam die Frage nach dem Martyrium an. Ein Thema, das offensichtlich unter Studierenden und Dozent*innen häufig diskutiert wird und das westlichen Christ*innen so schrecklich fremd ist. „Unsere Kirche ist eine Märtyrerkirche“, wird über die maronitische Kirche nicht ohne Stolz gesagt: „Die Kirche lebt vom Blut der Märtyrer.“ Damit diese Sätze nicht falsch verstanden werden, erklärt ein Student, der während des Gesprächs anwesend ist, sie sofort: „Wir wollen leben und wollen dem Leben dienen, nicht dem Tod. Aber wenn wir gezwungen werden, im Sterben unseren Glauben zu bezeugen, dann hängen wir nicht am Leben. Wir vertrauen auf Gott.“

Vielleicht haben die maronitische Kirche und auch die anderen alten Kirchen im Nahen Osten den Protestanten gegenüber einen historischen Standortvorteil.

Die Mitglieder dieser Kirchen fühlen sich ganz selbstverständlich ihrer bald 2000 Jahre langen Geschichte in der Region verpflichtet. Die Generationen vor ihnen haben das Erbe bewahrt und an sie heute weitergegeben. Das macht stolz und gibt Kraft. Protestant*innen dagegen gibt es im Nahen Osten erst seit dem 19. Jahrhundert, als Missionare aus Amerika und Europa die Region als Tätigkeitsfeld entdeckten. Im Libanon, in Syrien und im Irak sind evangelische Christ*innen eine Minderheit in der Minderheit – aber in der Regel sind sie eine sehr gebildete. Das hat große Vorteile, wenn es um die Wirkkraft der Protestant*innen in der Gesellschaft geht. Über ihre Bildungseinrichtungen, die allen Menschen offen stehen, tragen oft nur sehr wenige Protestant*innen ungemein viel zur gesellschaftlichen Entwicklung und zum Dialog mit den Muslim*innen oder mit Christ*innen anderer Denominationen bei.

Mittlerweile finden aber auch einige junge evangelische Pfarrer*innen, dass sie – trotz aller Gefahren – im Nahen Osten in den sehr klein gewordenen Gemeinden Seelsorger*innen werden sollen. Aber sie sind die Ausnahme.

Katja Dorothea Buck

3 Fragen an: Pastorin Najla Kassab

Vor 10 Jahren teilte die Welt die Hoffnung mit den Menschen im Mittleren Osten, dass Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit dem „Arabischen Frühling“ in der Region folgen würden. Was bleibt von diesen Hoffnungen übrig?

Man kann das Gefühl der Hoffnung und Euphorie gar nicht überbewerten, das diese Revolutionen in der Region und im Rest der Welt auslösten. Dennoch brachte diese Hoffnung nicht die erwarteten Ergebnisse. Die Sehnsucht nach Gleichheit, Freiheit und Demokratie waren Slogans, die die Jugend inspirierten, diesen Ländern aber nicht halfen, sich auf Reformen zuzubewegen. Stattdessen wurde die Lage in den meisten Ländern schwieriger.

Was vom „Arabischen Frühling“ bleiben wird ist die Lektion, die die Menschen in Bezug auf ihre Rechte gelernt haben: Sie haben gelernt für sich zu sprechen und ihre Bedenken zu äußern. Auch die Beteiligung von Frauen ist zum Leuchtturm geworden, und der Wandel im Mittleren Osten wird niemals von der aktiven Rolle der Frauen zu trennen sein.

Auch leben wir in der Hoffnung, dass die Proteste unter der Oberfläche weiter brodeln und zu gegebener Zeit und in geeigneter Form wieder auftauchen.

Welche Rolle spielt die Kirche bei all dem?

Die Kirche spielt eine wichtige Rolle und bereitet den Boden bei der jungen Generation vor. So konnten sie die Werte und den Funken des „Arabischen Frühlings“ insbesondere in den Ländern weitergeben, in denen die Kirche – so wie im Libanon – im Bildungsdienst tätig ist. Ohne eine starke gebildete Bürger*innenschaft ist die demokratische Zukunft eines Landes in Gefahr.

Auch ist die Kirche aufgerufen, ein demokratisches Paradigma in ihren Strukturen zu präsentieren, um die junge Generation zu lehren und deren Verhalten zu beeinflussen. In dieser Hinsicht spielt die Reformierte Kirche im Mittleren Osten eine wichtige Rolle als eine Kirche, in der Demokratie praktiziert wird und die Rechenschaftslegung auf allen Ebenen einfordert. Eines der Haupthindernisse gegen den „Arabischen Frühling“ ist der Umstand, dass Verantwortliche nicht zur Rechenschaft gezogen werden, weder in der Politik, noch in religiösen Institutionen, ja, nicht einmal im Justiz-Wesen.

Außerdem ist die Kirche aufgerufen, sich am Dialog und an der Pflege respektvoller Beziehungen zwischen den Religionen in einer multireligiösen Gesellschaft zu beteiligen. Religionen im Mittleren Osten verfügen über die Möglichkeit Veränderungen zu bewirken, wenn sie sich auf Würde und ein besseres Leben für alle konzentrieren. Die Kirche muss mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten und allen Menschen Respekt zollen.

*Die Welt wird Zeuge eines Exodus von Christ*innen im Mittleren Osten. Sehen Sie eine Zeit vor uns, in der alle die Wiege der Christenheit verlassen haben werden?*

Es gibt einen Exodus von Christ*innen und Muslim*innen aus dem Mittleren Osten; weil Christ*innen eine Minderheit darstellen, ist deren Anwesenheit stärker bedroht.

Manche Christ*innen verlassen die Gegend aufgrund des wachsenden Fundamentalismus. Diese Erstarkung des Fundamentalismus in der Region schadet sowohl Christ*innen als auch Muslim*innen. Gemäßigte Gläubige sind dadurch bedroht, wie man es im Irak und in Syrien beobachten kann.

„Wir wollen nicht, dass unsere Kinder leiden, was wir erlitten haben“, denken christliche Eltern. Also verlassen sie die Region und kommen zurück, wenn sie in Rente gehen, während ihre Kinder ihr Leben im Ausland mit der ständigen Sehnsucht nach ihrem Mutterland und ihre Kultur fortsetzen. Deshalb versucht die Kirche im Mittleren Osten, insbesondere die katholische Kirche, sich mit den Menschen, die in der Diaspora leben, zu verbinden, in der Hoffnung, dass sie eines Tages wiederkommen werden. Die Kirche bleibt das Leuchtfeuer der Hoffnung auf eine bessere Zukunft und wirkungsvolle christliche Präsenz.

Pastorin Najla Kassab ist Präsidentin der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen und lebt im Libanon. Das Interview führte Freddy Dutz.

Lesen Sie das ganze Interview auf der EMW-Website.

Syrien: Nicht am Boden zerstört

Viele Menschen flüchten aus Syrien, doch manche kommen zurück, um denen, die geliebt sind, die Heimat zu erhalten.

Besonders begeistert war die Gemeinde, von der nur noch wenige ältere Personen übrig waren, nicht, als die junge Frau, frisch von der Universität im Libanon, 2016 ihre Pastorin wurde. Doch ihr Vorgänger war geflüchtet, und so wurde Mathilde Sabbagh, die aus einer alteingesessenen, angesehenen Familie stammt, ohne Ordination – es gab inmitten des Krieges im kurdischen Selbstverwaltungsgebiet Rojava in Syrien keine passende Gelegenheit – Pastorin der kleinen reformierten Gemeinde in ihrer Heimatstadt Hassakeh.

Die Region im Norden Syriens ist fruchtbar: „Es wurden Weizen, Obst und Gemüse angebaut“, erinnert sich Mathilde Sabbagh. Doch jetzt liege die Landwirtschaft danieder: „Wegen der unsicheren Lage trauen sich die Bauern nicht auf die Felder und zudem leiden wir unter einer großen Trockenheit“, berichtet die Pastorin. Und die Kriegsgefahr bleibt, „denn an den Ölvorkommen in der Region sind alle am Krieg Beteiligten interessiert.“ Sie hofft, dass die kurdische Seite ihren Autonomieanspruch durchsetzen kann. Dann würde zum Beispiel der Geldtransfer einfacher, auf den viele Familien angewiesen seien: „Sie haben kein Einkommen mehr und sind auf Geld der Verwandten, die jetzt im Ausland leben, angewiesen.“

Man hoffe auf Frieden und Stabilität, sagt sie in einem Telefon-Interview, das Dr. Almut Nothnagle im EMW mit ihr in den späten Abendstunden führen konnte, als es kurzzeitig Strom gab. „Wir wollen ein ‚normales‘ Leben, in dem es Wasser und Energie, Lebensmittel und eine medizinische Versorgung gibt. Und Menschen von ihrer Hände Arbeit leben können.“

Die Rolle der Kirche sieht die Seelsorgerin, die sich jetzt per Fernstudium an der Theologischen Hochschule in Beirut weiterbildet, darin, „in Wort und Tat“ die Menschen zu trösten und zu unterstützen: 400 Familien erhalten täglich Lebensmittel, Schulmaterial für die Kinder und Hygieneartikel. Und für die Kinder und Jugend-

lichen, von denen viele ihre Eltern im Krieg verloren haben, oder die ohne sie geflohen sind, organisiert sie Kindergottesdienste, Bibelstunden und Jugendgruppen. Sie will die junge Generation nicht verloren geben und lädt zu einem „normalen“ Leben ein, in das auch Ausflüge, Partys, Computerkurse und Sport gehören. Und sie kommen gerne: Kinder aus der eigenen, aber auch anderen Kirchen. „Mit den Mädchen tanze ich gerne: Ich finde es schön, wenn sie sich zu diesen Gelegenheiten ‚fein‘ machen“, freut sich die optimistische Frau.

Doch manchmal kommt auch sie an ihre Grenzen: Als sie bei einem Hausbesuch feststellte, dass die Gastgeber ihren Kühlschrank verkaufen mussten, um Nahrung zu kaufen. Und als eines der sechs Geschwister versucht hatte, sich das Leben zu nehmen. „Das hat in der Gemeinde einen Schock ausgelöst. In der Kindergruppe haben wir dann ein halbes Jahr darüber gesprochen, was es bedeutet, wenn jemand aus Verzweiflung nicht mehr leben will.“

Pastorin Mathilde Sabbagh will bleiben. Sie hat zusammen mit ihrem Mann eine Familie gegründet. Auf Facebook zeigt die junge Familie glückliche Momente. Ihren Optimismus haben die Menschen in Hassakeh nötig. „Kirche muss relevant für die Menschen sein“, betont sie. Für sie heißt das eben „zuerst die materiellen Nöte befriedigen.“ Und dann könne auch Gottesdienst gefeiert werden. Ganz so, wie es im 2. Korintherbrief heißt: „... wir sind ratlos, aber nicht verzweifelt ... zu Boden geworfen, aber nicht am Boden zerstört.“

*Freddy Dutz
Pressereferentin Evangelische
Mission Weltweit e.V. – EMW*

„Unterstützen Sie bitte die Menschen im Nahen Osten“

Im Juni hatte die Katholische Akademie Berlin zu einer Veranstaltung mit dem Titel „Zur Lage der Christen im Nahen Osten“ eingeladen, um über deren schwierige Bedingungen zu diskutieren. „Wir wissen uns mit allen christlichen Schwestern und Brüdern verbunden, die in anderen Teilen der Welt um ihres Glaubens Willen verfolgt werden.“ Mit diesen Worten eröffnet der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK), Erzpriester Radu Constantin Miron, die Veranstaltung.

In der sich anschließenden Diskussion ging es um die Frage, was von Seiten der Kirchen, der Zivilgesellschaft und der Politik getan werden muss, um den von Gewalt und Vertreibung betroffenen Glaubensgeschwistern im Mittleren Osten zu helfen. Mit welchen Problemen Christ*innen in Syrien zu kämpfen haben, wurde durch Video-Berichte über Einzelschicksale deutlich. Bischof em. Dr. Markus Dröge berichtete als Vorsitzender der „Evangelischen Mittelostkommission der EKD“ von den Bemühungen, durch Stellungnahmen und Reisen in die Region auf die Situation der Menschen in der Ursprungsregion des Christentums aufmerksam zu machen. Als materielle Unterstützung hat „Brot für die Welt“ seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien 85 Mio. Euro für 55 Hilfsprojekten zur Verfügung gestellt, um 1,3 Millionen Menschen zu unterstützen.

- ♦ Zur Veranstaltung: „Was tun? Zur Lage der Christen im Nahen Osten“ der Katholischen Akademie in Berlin
- ♦ Zum Appell der Erzdiözese der Syrisch-Orthodoxen Kirche von Antiochien in Deutschland, der Antiochenisch-Orthodoxen Metropole von Deutschland und Mitteleuropa und der Diözese der Armenischen Kirche in Deutschland
- ♦ Video-Berichte von Christen aus dem Nahen Osten

Erzpriester Dr. Elias Esber, Beauftragter der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland für Flüchtlinge und Migration wies darauf hin, dass die 4000 syrischen Ärzt*innen, die nach Deutschland geflüchtet sind, für das Land einen ungeheuren „Brain Drain“ bedeuten, da sie jetzt in ihrer Heimat fehlten. Er bat die Bundesregierung in bewegenden Worten, sich für eine Aufhebung der gegen das Land verhängten Sanktionen einzusetzen, weil sie die syrische Zivilbevölkerung in eine humanitäre Katastrophe trieben. Dazu gehöre auch das Verbot von Geldüberweisungen, mit denen Familienangehörige im Ausland ihren Verwandten vor Ort helfen wollen. Die Verarmung der Mittelschicht habe dazu geführt,

dass diakonische und pädagogische Einrichtungen der Kirchen nicht mehr aufrechterhalten werden können.

Für die Bundesregierung betonte die Staatssekretärin in Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Maria Flachsbarth, dass die Sorge um Syrien auch die Bundesregierung bewege: „Es ist das Ziel der Bundesregierung, ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Ethnien und Religionen zu fördern.“ Allerdings wies sie die Forderung der kirchlichen Gesprächspartner zurück, die Sanktionspolitik zu überdenken und nach Kriterien zu suchen zum Aufbau der Infrastruktur auch in den vom Assad-Regime beherrschten Gebieten. Hier machte die Vertreterin der Bundesregierung deutlich, dass solange es keine politische Lösung für Syrien gebe, sich Deutschland als zweitgrößter Geldgeber ausschließlich an humanitären Hilfsaktionen im Rahmen der UN beteiligt (UN-Flüchtlingshilfe, WHO, Unicef, Welternährungsprogramm, UN Habitat).

Zum Ende der Veranstaltung überreichten der Primas der Armenisch-Apostolischen Kirche, der Primas der Syrisch-Orthodoxen Kirche von Antiochien und der Antiochenisch-Orthodoxe Metropolit in Deutschland einen Appell an Dr. Flachsbarth. Darin machen sie auf die dramatische Situation der Christ*innen in Syrien aufmerksam: „Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen, die Lage ernst zu nehmen und einen Weg zu finden, wie man die Christen in Syrien unterstützen kann, und zwar nicht, weil sie Christen sind, sondern weil ihr Verbleib in dieser Region von großer Bedeutung ist.“

Die Veranstaltung schloss mit einem Fürbitt-Gottesdienst unter Beteiligung aller Kirchenvertreter*innen und Teilnehmenden an der Veranstaltung in der Katholischen Akademie.

*Dr. Almut Nothnagle
Theologische Referentin
Evangelische Mission Weltweit e.V. – EMW*

Dossier

Das **Dossier** mit
verschiedenen Schwerpunkten
erscheint **mehrfach im Jahr**.



mission.de **Pressedienst**

Wöchentlich informiert
der **mission.de-Pressedienst**
über Aktuelles aus der EMW
und ihren Mitgliedern.

Gerne schicken wir Ihnen
per E-Mail unsere
Neuerscheinungen.
Dafür senden Sie Ihre
E-Mail-Adresse bitte an
service@mission-weltweit.de

EMW-Dossier von Evangelische Mission Weltweit e.V.
Herausgeber: Rainer Kiefer
Redaktion: Freddy Dutz, EMW (v.i.S.d.P)
Normannenweg 17-21
20537 Hamburg
E-Mail: presse@mission-weltweit.de
www.mission-weltweit.de